



Luzern, 22. Januar 2010

Pressereferat 22. Januar 2010 Trudi Löttscher

Nur noch halbe Sicherheit!

Von 40 bereits bewilligten Stellen werden 20 nicht geschaffen. Die Hälfte wird also durch das Entlastungspaket gestrichen. Folglich kann sich die Luzerner Bevölkerung nur noch halb so sicher fühlen. Das ist eine Katastrophe und eine krasse Missachtung des Volkswillens und des Willens des Parlamentes.

Missachtung des Volkswillens ist es, weil die Bevölkerung laut repräsentativer Umfrage bei der Polizei auf keinen Fall sparen will. Eine Missachtung des Parlamentswillens ist es, weil dieses Entlastungspaket im Budgetprozess bereits gutgeheissene Massnahmen und gesprochene Gelder aushebelt. Was ist das für eine Politik! Ausbaden muss diese Misere am Schluss die Luzerner Bevölkerung.

Vorab die Bevölkerung in den Landregionen, sie wird es am ehesten treffen, wenn es zu einem Verteilungskampf bei den Leistungen der Polizei kommt. Beispiele dazu gibt es viele, auch jüngst in der Presse nachzulesen. Bei einem Überfall wird die Täterschaft durch beherztes Eingreifen von Zivilpersonen festgehalten, bis die Polizei vor Ort ist. Wie aber, wenn der Tatort weitab auf der Landschaft ist, wo die Interventionszeit sowieso schon länger ist. Durch den Leistungsabbau bei der Polizei wird sie noch länger, die Täterschaft schon längst über alle Berge und dann kommt sowieso keine Polizei mehr. **Der Leistungsauftrag reicht nur noch für nahegelegene Interventionen.**

Es ist Verfassungsauftrag des Kantons, die Sicherheit der gesamten Luzerner Bevölkerung zu garantieren.

Die bürgerliche Steuerpolitik, hat uns diese Misere beschert. Sie führt Jahr für Jahr zur Schnürung von Reformen, Sparpaketen, Verzichtspaketen, Entlastungspaketen, wie sie alle heissen. Alle bewirken das gleiche. Sie führen zu einem Leistungsabbau und treffen die Bevölkerung an empfindlichen Stellen, nämlich mit Kürzungen beim Service public oder mit der Anhebung bei einkommensunabhängigen Gebühren. Die SP hat das schon immer vorausgesagt. Bürgerliche Politikerinnen und Politiker haben dies eingeläutet. **Vertreten sie nun so den Willen ihrer Wählerschaft?** Ich höre bereits wieder die Aufschreie eben dieser Politikerinnen und Politiker, sehe schon deren Vorstösse im Parlament, wenn es darum geht, dass auf dem Land Polizeiposten geschlossen werden sollen.

Auf das Entlastungspaket ist deshalb zu verzichten. Es trifft die Bevölkerung und macht Parlamentsbeschlüsse unglauwürdig, bereits genehmigte Geschäfte werden zu Makulatur.

Trudi Löttscher-Knüsel